



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG

von Bund, Ländern und
Gemeinden



Mehr Quartier für alle - 20 Jahre Soziale Stadt

Bundeskongress am 26. November 2019 in Berlin
Kongressdokumentation

Inhalt

Anlass und Ablauf	3
Begrüßung und Eröffnung	4
Keynote	6
Erfahrungsaustausch zur Sozialen Stadt	7
Leipzig: Grünau	
Gelsenkirchen: Bismarck und Schalke Nord	
Amberg: Am Bergsteig	
Belm: Powe	
Diskussion und Austausch in vier Foren	9
Forum I: Mehr Integration	
Forum II: Mehr Bildung	
Forum III: Mehr Gemeinschaftsinitiative	
Forum IV: Mehr Kontinuität	
Abschließende Podiumsdiskussion	12
Ausblick: Das neue Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“	14
Impressum	15

Anlass und Ablauf

20 Jahre Städtebauförderprogramm Soziale Stadt - aus diesem Anlass lud das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am 26. November 2019 zum Bundeskongress „Mehr Quartier für alle – 20 Jahre Soziale Stadt“ ein.

Rund 380 Akteure aus Planung, Praxis, Forschung, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Quartiersmanagement trafen sich im Gemeinschaftshaus der Berliner Gropiusstadt, einem ehemaligen Fördergebiet der Sozialen Stadt. Die „Familie Soziale Stadt“ blickte auf dem Kongress auf die Meilensteine und die Erfolgsgeschichte des Städtebauförderungsprogramms zurück. Insbesondere die Quartiersarbeit vor Ort und das Engagement der wachsenden Akteurslandschaft wurden zu diesem Anlass herausgestellt und erhielten große Wertschätzung. Die Veranstaltung diente darüber hinaus der Vernetzung der Programmverantwortlichen und Erfahrungsträgerinnen und -trägern aus Bund, Ländern, Kommunen, von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Durch den angestoßenen Wissenstransfer konnten Möglichkeiten und inhaltliche Schwerpunkte des Programms mit Blick auf künftige Herausforderungen erkundet und diskutiert werden.



Mit einem Grußwort des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Martin Hikel und der Eröffnungsrede der Staatssekretärin Anne Katrin Bohle vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Kongress willkommen geheißen. Die Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger, Ph.D., hielt die Keynote zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Anschließend wurden Vertreterinnen und Vertreter vier verschiedener Soziale Stadt-Quartiere auf dem Podium zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen. Nach einer Stärkung und informellen Gesprächen im Foyer des Gemeinschaftshauses wurde in vier Foren zu verschiedenen Programmschwerpunkten diskutiert. Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion warfen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Verwaltung einen Blick über das Quartier hinaus auf Lerneffekte des Städtebauförderprogramms. Mit abschließenden Worten resümierte Monika Thomas, Leiterin der Abteilung „Stadtentwicklung, Wohnen“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zu Erfolgen des Programms und eröffnete einen Ausblick auf dessen Zukunft.

Begrüßung und Eröffnung

Martin Hikel,
Bezirksbürgermeister von Neukölln



Bezirksbürgermeister Martin Hikel betonte die besondere Bedeutung der Sozialen Stadt für Neukölln, da das Programm den Bezirk stark zum Positiven verändert habe. Viele der im Zuge des Programms etablierten Quartiersmanagements bestehen noch heute. Auch wurden wichtige Projekte, wie zum Beispiel der Campus Rütli, ermöglicht. Die Umsetzung von Partizipationsverfahren hat zu einer aktiven Zivilgesellschaft beigetragen. Neukölln hat durch die soziale Stabilisierung und die Steigerung der Attraktivität eine positive Entwicklung erfahren, die ohne die Soziale

Stadt nicht denkbar gewesen wäre. Umso mehr ist es ein besonders schöner Anlass, dass zum Bundeskongress in Neukölln eine intensive Auseinandersetzung um die Erfolge und auch weiteren Entwicklungsperspektiven des Programms Soziale Stadt stattfindet. Herr Hikel wünscht allen Beteiligten, dass das Programm in den nächsten 20 Jahren den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern weiterhin große Hilfe leisten und Verbesserungen und Verstärkungen der integrierten Zusammenarbeit im Quartier umsetzen kann.



**Anne Katrin Bohle,
Staatssekretärin im Bundesministerium
des Innern, für Bau und Heimat**



Staatssekretärin Anne Katrin Bohle dankte in ihrer Eröffnungsrede allen Beteiligten für ihr Engagement, ihre Ausdauer und Kreativität, mit deren Hilfe lebendige Nachbarschaften und lebenswerte Orte geschaffen oder erhalten wurden. In den vergangenen 20 Jahren Soziale Stadt ist aus manchem sogenannten Brennpunktquartier ein lebenswertes Zuhause für Menschen aller Altersgruppen und vieler Nationalitäten geworden. Gemeinsam mit der „Familie Soziale Stadt“ wurde auf das Programm, seine Herausforderungen und besonders seine Erfolge stolz zurückgeblickt.

Mit dem ursprünglichen Arbeitstitel „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ war es eines der ersten Programme, das Bürgerbeteiligung aktiv und erfolgreich umsetzte und damit die Entstehung eines integrativen Ansatzes prägte. Baulich-investive und sozial-integrative Maßnahmen wurden verknüpft und die Verantwortung für die Gestaltung des Wohnumfeldes in die Hände der Menschen vor Ort gelegt.

Die aktive Bürgerbeteiligung, die Vernetzung und Bündelung von Ressourcen waren die grundlegenden Themen in den Anfängen der Sozialen Stadt. Aus diesem sozial-integrativen Ansatz entstand eine Programmphilosophie, die unter ständigem Einbezug von Begleitforschungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Reallaboren vor Ort stetig weiterentwickelt wurde. Denn für ein gelingendes Zusammenleben ist mehr als nur die Gestaltung des gebauten Raumes nötig.

Soziale Stadt ist im Kern ein lernendes Programm, das laufend Gegenstand von Verbesserungen und Anpassungen ist. Erfolgsgarant ist auch die Tatsache, dass Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen der

Bürgerbeteiligung zu aktiv Beteiligten werden – die Bürgerinnen und Bürger werden über ihr Engagement zu Gestaltenden für ihre Quartiere.

Etliche weitere Programme, beispielsweise zur Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen, begleiten das Förderprogramm Soziale Stadt seit Jahren erfolgreich. Die Zusammenarbeit verschiedener Ministerien und Ebenen war ausschlaggebend, um im Jahr 2016 mit der ressortübergreifenden Strategie die Kooperation der Bundesressorts für die Quartiere der Sozialen Stadt zu beschließen.

Das Programm Soziale Stadt wird im Zuge der Weiterentwicklung der Städtebauförderung im neuen Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ fortgeführt. Zielsetzungen sind die Stärkung des „Miteinanders und Füreinanders“ in der Gesellschaft sowie die Förderung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und modernen Entwicklung der Städte und Gemeinden in Deutschland. Dazu werden bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der grünen Infrastruktur und zu Klimaschutz und Klimaanpassung gestärkt. Künftig werden Maßnahmen zum Klimaschutz verpflichtende Fördervoraussetzung jeder städtebaulichen Gesamtmaßnahme. Zudem werden durch verbesserte Förderbedingungen Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit und Stadt- und Umlandpartnerschaften geschaffen. Das Quartiersmanagement wird gestärkt und ehrenamtliche Bürgerleistungen sollen im Rahmen städtebaulicher Verfügungsfonds förderfähig werden.

Keynote

Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger,
Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarkt-
forschung an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung



Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger gewährte dem Publikum Einblicke in ihre aktuelle soziologische Forschungsarbeit. Im Zentrum dessen steht das Thema Vertrauen, das Prof. Allmendinger in den Kontext aktueller struktureller und baulich-räumlicher Herausforderungen setzte und darauf aufbauend mögliche Handlungsbedarfe beleuchtete.

Dem Individuum fehlt heute vielfach das Bewusstsein über die Schnittmengen der eigenen Wertewelt und derer seiner Mitmenschen. Das zeigt sich in großen Unterschieden zwischen dem, wie das Individuum sich selbst wahrnimmt und dem, was es anderen zuschreibt. Diese Wahrnehmungsdifferenzen verweisen auf Risse in der Gesellschaft, werfen die Frage auf, wie es um unser Vertrauen steht. Drei Dimensionen des Vertrauens sind zu unterscheiden: 1) Selbstvertrauen in die eigene Handlungskompetenz, 2) Vertrauen unter Freunden und Familienmitgliedern, das partikulare Vertrauen, und insbesondere 3) Vertrauen in Fremde, die Mitmenschen und die Gesellschaft, das generalisierte Vertrauen.

Maßgeblicher Faktor für die Entstehung von Selbstvertrauen ist eine gute und breite Bildung. Die verleiht den Menschen die Kompetenzen und das Selbstbewusstsein, an der Gesellschaft teilzuhaben. Den Menschen mit niedriger Bildung und Ausbildung, den Bildungsarmen, fehlt diese Sicherheit. Das zeigt sich in einem individuellen Rückzug und Selbst-Ausschluss aus der Gemeinschaft, gleichzeitig auch in der Wahrnehmung, dass man von der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Dem kann die Gesellschaft mit einer breiten Bildungsoffensive entgegenwirken. Partikulares Vertrauen, das „kleine Wir“ der Familien und Freunde, gibt Sicherheit und Offenheit für erweiterte Begegnungen jenseits vertrauter Kontakte. Ein generalisiertes Vertrauen, das große ‚Wir‘, kann entstehen, wenn es Überschneidungen

sozialer Kreise gibt, Berührungen der jeweiligen kleinen ‚Wir‘.

Dies führt zu großen Herausforderungen. Um das wichtige generalisierte Vertrauen zu ermöglichen, braucht es eine gebaute Umwelt, die diese Begegnungen ermöglicht. Es braucht den Wiederaufbau und die Transformation verloren gegangener großer Institutionen des Miteinanders, es braucht eine Politik des Vertrauens.

Gegenwärtig beobachten wir dagegen segregierte städtische Viertel, die häufig eine Ballung sozialer Probleme erfahren, und nur begrenzt durch Quartiersmanagements oder inklusive Schulen aufgefangen werden. Dritte Orte der Begegnung können hier helfen, da sie als integrierter Sozialraum ohne Konsumzwang funktionieren. Diese Orte gilt es zu stärken und auszubauen. Sie erlauben den Kontakt mit anderen Menschen, hierdurch können Vorurteile abgebaut und Selbstwertgefühl aufgebaut werden. Gute Beispiele sind Bibliotheken, manchmal auch Kirchen, die zu Orten der Begegnung umgestaltet wurden. Dem Verlust der Großinstitutionen wie Religion, Parteien, Gewerkschaften, Wehr- und Zivildienst muss entgegnet werden, beispielweise durch eine Stärkung des freiwilligen sozialen Jahres und neue Angebote für bürgerschaftliches Engagement.

Der Aufbau einer Politik des Vertrauens ist zwingend nötig, um Solidarität in der Gesellschaft zu ermöglichen und den Abbau gegenseitigen Misstrauens. Viele Transferleistungen können auch ohne die heute engmaschige Kontrolle gewährt werden, ohne die vielen Auflagen und Überprüfungen. Auch das erhöht das Gefühl gesellschaftlichen Zusammenhalts.

(Empirische Grundlage ist die Vermächtnisstudie von „Zeit“ und infas, erscheinen wird die Arbeit Mitte März in ihrem neuen Buch „Die Vertrauensfrage. Für eine neue Politik des Zusammenhalts.“ (mit Jan Wetzel).)

Erfahrungsaustausch zur Sozialen Stadt

Vier Podiumsgäste mit Erfahrungen aus Leipzig, Gelsenkirchen, Amberg und Belm wurden stellvertretend für das breite Spektrum der Programmgebiete der Sozialen Stadt eingeladen. Durch ihre Perspektive auf Quartiere mit diversen Problemlagen konnten die unterschiedlichen Ausprägungen in der Umsetzung des Programms veranschaulicht werden.

Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellten ihre Stadtteile und Quartiere mit Blick auf ihre räumlichen und sozialen Entwicklungen vor. Im Anschluss wurden die Erfahrungen mit der Sozialen Stadt, die jeweiligen Herausforderungen und Besonderheiten diskutiert.

Fördergebiete und Podiumsgäste:

- **Leipzig-Grünau**, eine Großwohnsiedlung im Westen Leipzigs, die mit Wegzug und Leerständen zu kämpfen hatte; **Klaus Wagner**, ehrenamtliches Mitglied des Quartiersrates in Leipzig
- **Bismarck und Schalke Nord**, zwei bereits abgeschlossene Gebiete von sieben Fördergebieten in Gelsenkirchen mit einem hohen Anteil von Arbeitslosigkeit; **Janine Feldmann**, stellvertretende Referatsleiterin im Referat für Stadtplanung Gelsenkirchen
- **Am Bergsteig**, eine Siedlung aus den 1960er Jahren an der Stadtgrenze von Amberg, die bereits in Nachkriegszeiten eine Flüchtlingsiedlung war; **Carsten-Armin Jakimowicz**, ehemaliger ehrenamtlicher Quartiersmanager in Amberg
- **Belm-Powe**, eine ehemalige NATO-Siedlung im Osnabrücker Vorort Belm; **Viktor Hermeler**, Bürgermeister von Belm



Carsten-Armin Jakimowicz

Viele Bestandsquartiere in wachsenden Städten sind mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Diese bestehen zum Beispiel in der Abnahme der sozialen Durchmischung, wie beispielsweise in der Siedlung Leipzig-Grünau spürbar, im Fachkräfte- und Bildungsmangel sowie aktuell in der Unterbringung von Geflüchteten. In Belm war beispielsweise die dezentrale Unterbringung von Migranten in der Gemeinde, um die soziale Mischung zu fördern, sehr erfolgreich.



Klaus Wagner



Janine Feldmann

Im Zuge von Quartiers- und Stadtteilentwicklungsprozessen ist es essenziell, die schon länger im Ort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner bei der Bewältigung dieser Aufgaben einzubeziehen und bestehende Angebote im Quartier auch für Neuzugezogene zugänglich zu machen. Eine wichtige Aufgabe wird es nach wie vor sein, Menschen in Veränderungsprozessen zu unterstützen und mithilfe des Quartiersmanagements einzubinden. So entwickelte sich zum Beispiel das Stadtteilbüro im Amberger Stadtteil Am Bergsteig in seiner Funktion als Quartiersmanagement zum zentralen Vernetzungspunkt der Nachbarschaft.

In Gelsenkirchen können Probleme anhand von indikatorergestützten Monitoringverfahren, die von der Verwaltung entwickelt werden, frühzeitig erkannt werden. So ist es möglich, anhand der Analyse zeitnah und passgenau zu reagieren. Dieses Instrument bewährt sich auch in vielen anderen Quartieren.

Es zeigt sich, dass Quartiere oftmals spezifische Antworten brauchen. Lösungen müssen für die Quartiere und ihre jeweiligen sozialräumlichen Fragestellungen passgenau entwickelt werden. Dabei helfen keine fixierten Standards, vielmehr können Empfehlungen und Richtlinien die dialogorientierte Arbeit und Lösungsfindung vor Ort unterstützen. Städtebauliche und funktionale Missstände können häufig nicht alleine durch die Soziale Stadt behoben werden, sondern bedürfen weiterer Maßnahmen. Diese Schnittstellen müssen mit den zuständigen Akteuren umsichtig entwickelt und Hand in Hand mit den Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt umgesetzt und begleitet werden.

Orte des Vertrauens sind in den vorgestellten Fördergebieten der Sozialen Stadt leicht zu identifizieren. Sie sollten sorgsam gepflegt und weiterentwickelt werden. Familienzentren, Schulen und Kindergärten haben Effekte auf die Nachbarschaft und können dort stabilisierend wirken. Stadtteilbüros und andere Einrichtungen der Nachbarschaft stehen Problemstellungen im



Viktor Hermeler

Quartier offen gegenüber und sind etablierte Orte der Vernetzung und des Vertrauens. Gemeinsam gestaltete Maßnahmen wie Renovierungen von Jugendclubs oder Platzgestaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern generieren Vertrauen und schaffen ein Miteinander sowie eine Identifikation mit dem Quartier. Auch Orte wie Einkaufszentren können für die Bewohnerinnen und Bewohner identitätsstiftend sein. All diese Angebote haben gemein, dass sie als niederschwellige Anlaufstellen Austausch und Beratung zugänglich machen. Aus Perspektive aller vier Quartiere wurde hervorgehoben, dass die Soziale Stadt ein Instrument ist, das durch seine Projekte und Maßnahmen Menschen konkret anspricht und ihnen vor Ort hilft.



Diskussion und Austausch in vier Foren



Die Soziale Stadt lebt von dem Engagement und den Kompetenzen vieler Mitwirkenden. Das gilt für die konkreten Projekte, die dazu notwendigen Strukturen und Prozesse und auch für die gemeinsame Reflexion und das Lernen aus dem bisher Erreichten. In den Foren konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ihren Erfahrungen und Aufgaben in den Quartieren austauschen. Nach kurzen Impulsvorträgen der Forumspatinnen und -paten lag der Fokus auf dem Rückblick und dem Ausblick auf die Soziale Stadt. Die Anwesenden resümierten über erreichte Erfolge und bewältigte Hürden sowie über anstehende Aufgaben und Herausforderungen für die Stadtteile.

Ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist mit aktivem Engagement in den Stadtteilen eingebunden und steht im engen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern. Durch ihre Expertise und langjährige Erfahrung und mit Blick auf die Situationen vor Ort fand in den Foren ein intensiver Wissenstransfer zwischen verschiedenen Quartieren und Kommunen statt. Im Gespräch zeigten sich vielfach Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung aktueller Situationen und Fragestellungen sowie der zu erwartenden Hürden.

Ergebnisse aus den Diskussionen werden im Folgenden zusammengefasst.

Diskutiert wurden vier Themenschwerpunkte:

- **Forum I: Mehr Integration? – Wechselnde gesellschaftliche Herausforderungen im Quartier**
Impuls von Ralf Zimmer-Hegmann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH
- **Forum II: Mehr Bildung? – Einrichtungen und Angebote im Quartier stärken und vernetzen**
Impuls von Angela Million, TU Berlin
- **Forum III: Mehr Gemeinschaftsinitiative? – Allianzen zwischen allen Akteuren im Quartier fördern**
Impuls von Meike Heckenroth und Timo Heyn, empirica
- **Forum IV: Mehr Kontinuität? – Aktivitäten im Quartier managen und verstetigen**
Impulse von Christa Böhme, Deutsches Institut für Urbanistik und Dr.-Ing. Arvid Krüger, Universität Kassel

Forum I: Mehr Integration? – Wechselnde gesellschaftliche Herausforderungen im Quartier

- Das Programm Soziale Stadt hat in benachteiligten Stadtteilen wertvolle Projekte zur Förderung von Integration und Teilhabe initiiert. So haben sich zum Beispiel Jugendmigrationsdienste im Quartier, aufsuchende Informationen der Verbraucherzentralen und zahlreiche soziokulturelle Zentren – auch Ergebnis der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, miteinander im Quartier“ – zu wichtigen Anlaufstellen und Orten der Begegnung entwickelt.
- Benachteiligte Quartiere stehen vor einer doppelten Herausforderung: Armut zu bekämpfen und neu Zugewanderte zu integrieren. Sie übernehmen dauerhafte Integrationsaufgaben – oftmals, ohne mit den notwendigen Ressourcen und Budgets ausgestattet zu sein.
- Ein zeitlich befristetes Förderprogramm kann auch zukünftig eine wichtige Initialzündung darstellen und den Aufbau von Kooperation und Vernetzung in den Quartieren befördern. Jedoch sind verstärkte Anstrengungen nötig, um – im Sinne der Inklusion – allen Menschen im Quartier dauerhaft Teilhabe zu ermöglichen. Dazu muss zukünftig verstärkt privates und unternehmerisches Engagement aktiviert und einbezogen werden.



Forum II: Mehr Bildung? – Einrichtungen und Angebote im Quartier stärken und vernetzen

- Die Konzentration von Kindern mit sprachlichen Defiziten an Schulen in benachteiligten Quartieren ist eine große Herausforderung. Kinder sind eine zentrale Zielgruppe und wichtige Vermittler in Richtung ihrer Eltern – in der Schule erworbene Sprachkenntnisse können im Idealfall weitergeben werden.
- Über außerschulische Angebote können Eltern direkt angesprochen werden und damit Vertrauen in das Schulumfeld und die Nachbarschaft aufgebaut werden. Alle erfolgreichen Angebote zeichnen sich aus durch Niederschwelligkeit, gute Erreichbarkeit, attraktive Außenwahrnehmung und einfache Nachahmbarkeit.
- Akteure und Angebote sollten nach wie vor in eine räumliche und institutionelle Nähe gebracht werden, um wichtige Kooperationen und die Zielgruppenansprache zu erleichtern.
- Über ihre Kernaufgaben hinaus sollten Schulen durch attraktive Angebote und die Öffnung zur Nachbarschaft ein aktiver Ort zum Spielen und Lernen für alle Altersgruppen sein. Hierzu gehört auch die Stärkung und der Ausbau von Bildungsketten in sozialen Einrichtungen über den schulischen Kontext hinaus.

Forum III: Mehr Gemeinschaftsinitiative? – Allianzen zwischen allen Akteuren im Quartier fördern

- Die Rolle des Quartiersmanagements als zentrale Institution und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in Aktivitäten der Sozialen Stadt wurden sehr gelobt. Allianzen (z.B. mit Bildungsträgern, Wohnungswirtschaft, Kirchen) sollten verbindlicher und langfristiger auf Grundlage integrierter Stadtentwicklungskonzepte angelegt werden.
- Angeregt wird die stärkere Beteiligung kommunaler Ämter, wie Jugend-, Sozial-, Gesundheits oder Wohnungsamt, da sie über wesentliche Ressourcen verfügen und eine starke Rolle in der Umsetzung beispielsweise sozialer Aktivitäten und Infrastrukturen haben.
- Dominierende Trends wie die demografische Entwicklung, die Digitalisierung und die Klimaveränderung werden in Zukunft auch in den Gebieten der Sozialen Stadt wirken – sie werden die Lebensqualität wesentlich prägen.
- Für damit verbundene Aufgaben, wie selbstbestimmtes Leben, Barrierefreiheit, inklusive Smart Cities oder präventive Gesundheitsförderung, sollen Kompetenzträger, Entscheider und Umsetzer vor Ort identifiziert und in die Arbeit der Sozialen Stadt eingebunden werden.



Forum IV: Mehr Kontinuität? – Aktivitäten im Quartier managen und verstetigen

- Die entstandenen Vernetzungsstrukturen von Akteuren sind ein großer Erfolg für die Quartiere, in welchen auch Zeit, Raum und Moderation für Bürgerbeteiligung geschaffen wurden.
- Quartiersmanagements haben als niederschwellige Anlaufstelle für Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier Vertrauen und Sicherheit generiert und sich Problemen des Alltags angenommen.
- Der Austausch von Verwaltungen mit Akteuren und Fachverwaltungen wurde durch das Programm gefördert.
- Verbesserungsbedarf wird bei der Zusammenarbeit von Verwaltung und Vor-Ort-Stellen gesehen: eine engere Zusammenführung sowie die Einbindung und Verantwortung von Fachabteilungen sollte gestärkt werden. Somit können aufgebaute Strukturen und Netzwerke unterstützt und ihre Verstetigung gefördert werden.
- Das Quartiersmanagement sollte zukünftig von mehreren Referaten und Ämtern durch deren Beteiligung unterstützt werden, sodass „Kümmerer“ im Quartier und in der Verwaltung entstehen.

Abschließende Podiumsdiskussion

Im abschließenden Podium diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, den Wohlfahrtsverbänden sowie der Wohnungswirtschaft anstehende Herausforderungen der sozialen Quartiersentwicklung und die damit verknüpften Perspektiven des Programms Soziale Stadt.

Podiumsgäste:

- **Axel Gedaschko**, Präsident GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- **Hilmar von Lojewski**, Dezernatsleiter Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag
- **Dr. Joachim Rock**, Abteilungsleiter Der Paritätische Gesamtverband
- **Karin Siebeck**, Amtsleiterin Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Freie und Hansestadt Hamburg
- **Monika Thomas**, Leiterin der Abteilung „Stadtentwicklung, Wohnen“ im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Axel Gedaschko

Herausforderungen gesellschaftlicher Teilhabe

Im Laufe der Diskussion wurden aktuelle soziale, räumliche und gesellschaftliche Herausforderungen aufgezeigt. Karin Siebeck beschrieb aus Sicht der ministeriellen Ebene des Landes Hamburg neue Fragestellungen, die aus starkem Städtewachstum resultieren. Der Druck, neuen Wohnraum zu schaffen, erfordert die Integration neuer Wohnquartiere und ihre Verknüpfung mit bestehenden Stadtvierteln. Monika Thomas unterstrich dies und betonte, es müsse

über Quartiersgrenzen hinweg gedacht und geplant werden. Während Infrastrukturmaßnahmen viel stärker sozialräumlich zu denken und zu bündeln seien, müssen in die Jahre gekommene soziale und kulturelle Infrastrukturen neu ausgerichtet werden, so Karin Siebeck. Außerdem betonte Dr. Joachim Rock, dass die Eingliederung von Familien mit Sozialansprüchen eine große Herausforderung darstelle. Neben der Förderung des sozialen Zusammenlebens sei die Integration der Menschen in die Arbeitswelt eine zentrale Aufgabe. Auch auf Vereinzelung und Vereinsamung von Individuen, unter anderem verstärkt durch den Trend der Digitalisierung, müsse durch die Schaffung inklusiver Strukturen reagiert werden.



Dr. Joachim Rock

Wohnungsgesellschaften als lokale Partner

Sowohl von Seiten des anwesenden Vertreters aus der Wohnungswirtschaft, der Vertretung kommunaler Selbstverwaltung als auch von ministerieller Landesebene wurde die Aktivierung lokaler Wohnungsgesellschaften als Partner der Quartiersentwicklung vorgeschlagen. Hilmar von Lojewski regte an zu prüfen, ob Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften in kleinen Kommunen Träger der sozialräumlichen Entwicklung und Verantwortung sein könnten. Unterstützung hielt dieser Vorschlag von Axel Gedaschko, der betonte, dass Wohnungsunternehmen als Akteure mit einer wichtigen Rolle im Quartier offiziell anerkannt und mit Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet werden sollten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohnungsunternehmen, die durchgehend in den Quartieren vor Ort sind, sollten geschult werden, um Probleme frühzeitig erkennen und lösen zu lernen. Monika Thomas regte an, dass die Wohnungsbaugesellschaften dazu verstärkt Kooperationen mit den Kommunen aufbauen sollten.

Befähigung und Verstetigung der Quartiersarbeit

Monika Thomas beschrieb das Ziel, das Zusammenleben, die gemeinsamen Aktivitäten, das Ehrenamt sowie die aktive Arbeit vor Ort noch stärker zu unterstützen. Auch Hilmar von Lojewski betonte die Notwendigkeit, die lokale Bevölkerung im Sinne einer lebendigen Demokratie zu Wort kommen zu lassen. Insbesondere mithilfe der Gemeinwesenarbeit könne dies gefördert werden. Dr. Joachim Rock bestätigte, dass dabei bereits kleine Mittel großen Erfolg bringen können. Ansprechpartner sollten vor Ort präsent sein, Verfügungsfonds sollten bereitgestellt und Probleme zeitnah angegangen werden, so Hilmar von Lojewski. Ein wichtiger Schlüssel für Vertrauen im Quartier sei es außerdem, Handlungsfähigkeit auf Ebene der Quartiersmanager und der Kommune herzustellen. Gezielte Fortbildungen können Quartiersbeiräte, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeiten, dabei unterstützen, Quartiere langfristig zu betreuen, ergänzte Karin Siebeck. Gerade nach Auslaufen der Städtebauförderungsmaßnahmen sei das besonders wichtig. Auch mithilfe sogenannter Quartiersfonds könne die Arbeit im Quartier teilweise ein paar Jahre nach Ablauf der Förderung fortgesetzt werden. Karin Siebeck richtet die Bitte an den Bund, eine Mittelverstetigung auf hohem Niveau zu ermöglichen, damit Planungssicherheit für die Städtebauförderung gewährleistet ist.



Karin Siebeck

Entbürokratisierung und Öffnung der Prozesse

Die Programme der Länder müssten Kommunen in der Bewältigung ihrer Probleme unterstützen, denn viele befänden sich in einer Haushaltsnotlage, so Axel Gedaschko. Das Programm Soziale Stadt könne die mittlerweile großen gesellschaftlichen Herausforderung nicht alleine bewältigen, weshalb andere Ressorts noch besser in die Programme eingebunden werden sollten. Karin Siebeck ergänzte, dass die Städtebauförderung notwendig für den Anstoß der



Hilmar von Lojewski

Finanzierungsbeteiligung anderer Ministerien und Behörden sei. Hilmar von Lojewski äußerte, dass neben der Zusammenarbeit von Verwaltungssträngen auch die Vereinfachung von bürokratischen Vorgängen ein wichtiges Anliegen sei. Zusätzlich sollten Kontrollmechanismen zur Verwendung öffentlicher Mittel vereinfacht werden. So könne eine Vertrauensbasis geschaffen werden und sich im Quartier mehr um konkrete Leistungserbringung gekümmert werden. Um Quartiersmanagements weiter von bürokratischem Aufwand zu entlasten, bräuchte es außerdem eine Finanzierungsgrundlage, die Gemeinwesenarbeit gesetzlich abgesichert finanziert, so Dr. Joachim Rock. Monika Thomas äußerte außerdem, hohe Flexibilität müsse garantiert sein, um vor Ort Projekte umsetzen zu können. Hilmar von Lojewski schloss, es gelte, vor Ort zu sein, schnell zu reagieren und Vertrauen in Quartiere, in Quartiersdemokratie, in Stadt und in Politik als solche herzustellen.



Monika Thomas

Die Soziale Stadt wurde von den Podiumsgästen als lernendes und ressortübergreifendes Programm gewürdigt und ihr großer Erfolg attestiert. Sie soll ein integraler Bestandteil der Zukunft der Städtebauförderprojekte sein, denn städtebauliche und soziale Missstände sind weiter gemeinsam zu betrachten und zu lösen.

Ausblick: Das neue Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“

Monika Thomas,
 Leiterin der Abteilung „Stadtentwicklung, Wohnen“
 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Monika Thomas richtete ein Schlusswort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Der Kongress verdeutlichte, dass die Soziale Stadt mit ihrem integrierten Ansatz in den 20 Jahren der Förderung zu einer Erfolgsgeschichte geworden ist.

Mit der Weiterentwicklung und Neustrukturierung der Städtebauförderung wird das Programm Soziale Stadt einen neuen Namen erhalten: „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“. Der Titel betont die Notwendigkeit, weiterhin das auf Vertrauen basierende Zusammenwirken unterschiedlicher Menschen im Quartier zu ermöglichen und damit einen integrierten Blick auf lokale Problemlagen zu schaffen. Denn Städte und Gemeinden stehen heute vor anderen Aufgaben und Herausforderungen als noch vor 20 Jahren. Weiterhin werden Quartiere, Stadtteile und Orte mit dem dringlichsten Handlungsbedarf im Fokus des Programms stehen. Das Programm bietet sehr viel Spielraum – künftig sogar noch mehr Anreize und in 2020 Bundesfinanzhilfen in Rekordhöhe, aber es kann die Herausforderungen nicht alleine stemmen: Deshalb ist der integrierte Ansatz so wichtig. Es braucht viele weitere Partner und ressortübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Fachpolitiken. Die „Soziale Stadt“ – beziehungsweise künftig das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ – gibt den Anstoß und schafft wiederum den Rahmen dafür, dass all die Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen.

Die nachhaltige Wirkung der Sozialen Stadt basiert auf den Erfolgen vor Ort, die in vielen Fällen über die Quartiers- und Stadtgrenzen hinaus positiv ausstrahlen. Der Kongress gewährte in diesem Zusammenhang inspirierende Einblicke und setzte neue Impulse, die die weitere Gestaltung des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ bereichern werden. Das Programm

Soziale Stadt und alle daran Beteiligten können stolz sein, in den vergangenen 20 Jahren gemeinsam so viel erreicht zu haben. Die Lebendigkeit, die Gemeinschaft und der Zusammenhalt, sowohl der umsetzenden Akteure als auch der Bewohnenden in den Quartieren, für die das Programm steht, wird sich weiterhin mit diesem großen Engagement im künftigen Programm „Sozialer Zusammenhalt“ fortsetzen.

[Zum Download der Dokumentation „20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung – Die Soziale Stadt“.](#)



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin

E-Mail: service@bmi.bund.de

Internet: www.bmi.bund.de

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) | Deichmanns Aue 31-37, 53179 Bonn

Referat I 4 | Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung

Autorschaft und Gestaltung

Prof. Dr.-Ing. Agnes Förster, Frederike Hein, Antonia Bourjau

STUDIO | STADT | REGION, Förster Kurz Partnerschaft mbB, 80637 München

Stand

März 2020

Bildnachweis

Fotos: Milena Schlösser

Graphic Recording: Martin Bangratz (S. 9)

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.